



Parteitag der SPD in Berlin

21. März 2004

Beschlüsse

Neue Stärke.



SPD

Parteitag der SPD in Berlin 21. März 2004

Inhalt:

		Seite
Antrag 1	Deutschland 2010: Werte und Ziele für unser Land <i>Manifest für eine sozialdemokratische Innovationspolitik</i>	1
Antrag 2	Rolle und Aufgaben der SPD 2004/2005	5
Antrag 3	Änderung § 13 Wahlordnung	8
Antrag 4	Gleiche Tarife für Frauen und Männer (Unisex-Tarife) bei der Riester-Rente	9

Antrag 1

Partei vorstand

Deutschland 2010: Werte und Ziele für unser Land

Manifest für eine sozialdemokratische Innovationspolitik

Deutschland macht sich stark. Für den Frieden - und für seine Zukunft.

Deutschlands neue Stärke in der Welt wächst aus Erfahrung, Mut und Kraft. Die Vergangenheit lehrt uns: Frieden und Freiheit sind die höchsten Güter. Die Gegenwart zeigt uns: Globalisierung so zu gestalten, dass sie nicht nur der Wirtschaft, sondern allen Menschen nutzt, braucht Verständigung, fairen Ausgleich und Integration. Und die eigene Zukunft verpflichtet uns, deutsche Interessen im weltweiten Wettbewerb klar und selbstbewusst zu vertreten.

Unsere internationale Politik ist erfolgreich, weil sie auf den schmerzlichen Erfahrungen der deutschen Vergangenheit, auf den Werten der europäischen Völkergemeinschaft und dem Bewusstsein der eigenen Stärke aufbaut. Das oberste Ziel unserer internationalen Politik bleibt der Friede. Diese Bundesregierung mit Gerhard Schröder an der Spitze hat diesen Kurs gegen äußere und innere politische Widerstände konsequent durchgesetzt. Heute wird er verstanden und getragen von der großen Mehrheit der Menschen in Deutschland und findet Zustimmung auch in vielen Ländern der Welt.

Europa ist eine Region des Friedens, der Freiheit und der Stabilität geworden. Durch die EU-Erweiterung wird die Spaltung des Kontinents überwunden. Das ist wirtschaftlich wie politisch für Europa und besonders für Deutschland eine große Chance. Die EU soll bald wieder die wettbewerbsfähigste und dynamischste Region dieser Welt sein und dabei das

europäische Sozialmodell einer solidarischen und zukunftsfähigen Gesellschaft sichern. Wir wollen ein Europa, das demokratisch ist und in seiner Ordnung und Perspektive bestimmt von der sozialdemokratischen Idee.

Der Wohlstand in Deutschland hängt wesentlich auch ab von der zukünftigen Entwicklung Europas.

Selbstbewusstsein ist die Basis des Erfolgs

Nur als ein selbstbewusstes Land sind wir den kommenden Herausforderungen gewachsen. Nur wer sich selbst vertraut, wird Vertrauen finden und erfolgreich handeln können. Wir müssen streiten um den richtigen Weg in die Zukunft. Aber wir dürfen unser Land und seine Stärken nicht zerreden.

Deutschlands Stärken sind Deutschlands Chancen

Ohne Fleiß, Zielstrebigkeit und auch Disziplin wäre Deutschland nie zu einem der wirtschaftlich stärksten Länder der Welt geworden. Unsere weltweit einzigartige Wirtschaftsdemokratie, die Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und Tarifautonomie haben die Wirtschaft beflügelt, haben Aufstieg und Wohlstand gebracht nach Krieg und Zerstörung. Noch heute ist es die exzellente Qualität unserer Produkte, die Deutschland zum Exportweltmeister macht.

Vor den unbestreitbaren Erfolgen, die unser Land auch heute noch vorweisen kann, stand eine klare Vereinbarung: Was gemeinsam erarbeitet wird, wird fair geteilt, zwischen Vermögenden und weniger Vermögenden, zwischen heute und morgen, zwischen den Generationen. Das ist die soziale Erfahrung und das Erfolgsrezept der Bundesrepublik Deutschland – und die Erfolgsgrundlage für die Zukunft. Hierzu dient auch eine Reform der Erbschaftssteuer im Sinne der Bochumer Beschlüsse.

Und der Staat behält dabei die Aufgabe, durch die Finanzierung ausreichender Öffentlicher Güter und die Bereitstellung von Mitteln Chancengleichheit und Sozialstaat zu gewährleisten.

Besinnen wir uns auf das, was uns stark gemacht hat, und brechen wir auf zu neuen Zielen. Wer Fortschritt nicht sucht, wird soziale Gerechtigkeit auf hohem Wohlstandsniveau nicht dauerhaft garantieren können. Das Wissen um soziale Sicherheit stärkt Risikobereitschaft und Innovationsfreude. Wer jetzt nicht sät, wird morgen nicht ernten.

Bewährte Stärken, neue Wege, große Ziele

Unsere Ziele für das Land und die Menschen sind ehrgeizig. Aber erreichbar, wenn wir mutig nach vorne schauen und uns gemeinsam anstrengen. Und das wollen wir in Deutschland bis 2010 erreichen:

- Wir wollen bei der Bildung wieder an die Weltspitze kommen.
- Wir wollen soziale Sicherheit für die Menschen - belastbar gerade in Krisen.
- Wir wollen, dass Gleichstellung von Frauen und Männern endlich Lebenswirklichkeit wird.
- Wir wollen eine starke Wirtschaft, die wieder Arbeit für alle schafft.
- Wir wollen Arbeit und Umwelt noch stärker miteinander verbinden, um neue Jobs zu schaffen.
- Wir wollen beim Wohlstand wieder Spitze in Europa werden.

Innovation beginnt in den Köpfen der Menschen

Um im weltweiten Wettbewerb zu bestehen, müssen wir uns unserer Stärken neu vergewissern. Dazu brauchen wir jetzt die Bereitschaft zu Innovationen. Innovation bedeutet Pioniergeist, Phanta-

sie, Neugier und Tatkraft. Innovation braucht Mut, Zuversicht und Freude am Gestalten.

Wir wissen um die enge Wechselwirkung zwischen gesellschaftlichen und technologischen Innovationen. Sie bedingen einander.

Wir wollen die Menschen zu innovativem Denken und Handeln ermutigen, aber auch befähigen. Nur dann ist Zukunft keine Bedrohung, sondern eine Hoffnung.

Bereit und fähig sein für konkrete Veränderungen

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Deutschland nicht neu erfinden, aber wir müssen konsequent Veränderungen herbeiführen, damit unser Land sicher in eine gute Zukunft gehen kann. Wir handeln!

Bildung zukunftsgerecht gestalten.

Unser Bildungssystem muss so verbessert werden, dass in Zukunft alle Talente erkannt und gefördert werden.

Deshalb wollen wir in den nächsten Jahren die Ganztagsbetreuung unserer Kinder verstärken und auch die Betreuung der Kinder unter drei Jahren in ganz Deutschland verbessern. Dies wird eine große Kraftanstrengung aller staatlichen Ebenen werden müssen. Und dies wird auch eine Anstrengung der Zivilgesellschaft brauchen.

Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, unabhängig von seiner Herkunft alle Bildungschancen wahrzunehmen. Soziale Auslese ist ungerecht und wirtschaftlich schädlich.

Und eine wesentliche Voraussetzung für Chancengleichheit bei der Bildung ist die Beherrschung der deutschen Sprache.

Wir werden neue Anstrengungen unternehmen, um den Millionen Menschen in unserem Land, die Lese- und Schreibschwierigkeiten haben, zu helfen. Unser

Land soll im Jahr 2010 ein Land ohne Analphabetismus sein.

Bildung muss in Deutschland früher beginnen und ein Leben lang möglich sein. Wir brauchen neue Impulse für unsere gesamte Bildungslandschaft. Beginnend von der Krippe über den Kindergarten, Horte, die Schulen, Hochschulen, die Unternehmen bis hin zum Weiterbildungsbereich wollen wir besser werden. Die Neugier auf Wissen und Bildung soll unser Land wieder prägen.

Gute Bildung und fundierte Ausbildung sind die Basis eines selbst bestimmten Lebens. Kein junger Mensch soll ohne Bildung und Ausbildung ins Berufsleben starten. Kein junger Mensch darf von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit und Untätigkeit abgeschoben werden. Dafür werden wir ein Gesetz zur Ausbildungsplatzsicherung beschließen, weil nur so ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen zu erreichen sein wird. Das Gesetz wird auf Freiwilligkeit setzen, aber primär die Interessen der Jugendlichen im Blick haben.

Geschlechtergerechtigkeit ist unser Maßstab

Geschlechtergerechtigkeit bedeutet eine gerechte Verteilung von Macht und Verantwortung zwischen den Geschlechtern als Grundprinzip der Modernisierung unserer Gesellschaft. Dies bedeutet auch mehr Karrierechancen für Frauen unabhängig vom Familienstand und der Familiensituation. Deshalb wollen wir eine Politik, die Frauen den Zugang zu den Chefetagen der Privatwirtschaft öffnet und die Frauenerwerbsquote auf über 60 Prozent erhöht.

Bei der Umsetzung der drei noch ausstehenden gleichstellungspolitischen EU-Richtlinien im Arbeits-, Sozial- und Zivilrecht werden wir das europaweit geltende Gebot der Geschlechtergerechtigkeit in nationales Recht kleiden.

Kinder und Familien konsequent fördern

Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss für alle garantiert werden. Familien, Eltern brauchen verlässliche Betreuungsangebote, damit diese Vereinbarkeit auch gegeben ist. Das hilft insbesondere jungen Frauen und jungen Männern, die Kinderwunsch und Berufstätigkeit miteinander in Übereinstimmung bringen wollen. Wir wollen in den nächsten Jahren durch neue Anstrengungen dafür sorgen.

In einer innovativen Wirtschaft muss Flexibilität für alle gelten. Die berechtigten Ansprüche der Wirtschaft müssen mit den individuellen Lebensentwürfen der Menschen vereinbar werden.

Deutschland muss das kinderfreundlichste Land Europas werden. Denn nur eine kinderfreundliche Gesellschaft ist lebendig, nur eine kinderfreundliche Gesellschaft ist auf Dauer innovativ.

Potentiale älterer Menschen nutzen

Der demografische Wandel birgt Chancen und Potentiale, die erkannt und genutzt werden müssen.

Das skeptische, teils negative Altersbild bis hin zur Altersdiskriminierung in unserer Gesellschaft muss sich grundlegend ändern.

Länger leben ist ein Fortschritt. Die erreichte Humanisierung der Arbeitswelt und die Entwicklung der modernen Medizin haben dafür die Voraussetzungen geschaffen. Eine Gesellschaft mit mehr älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist eine Gesellschaft mit einem reichen Erfahrungsschatz, den wir nutzen wollen.

Im demografischen Wandel müssen die Älteren vermehrt zu Leistungsträgern in Wirtschaft und Gesellschaft werden. Eine wichtige Grundlage dafür sind moderne Strukturen: altersgerechter Städ-

te- und Wohnungsbau und flexible Betreuungskonzepte ambulanter und stationärer Art.

Der für viele entwürdigende und ökonomisch kontraproduktive Trend zu früher Arbeitslosigkeit oder Verrentung muss gestoppt werden. Hier haben wir erste Schritte eingeleitet. Hinzukommen muss aber auch ein grundlegendes Umdenken in der deutschen Wirtschaft und in der Gesellschaft besonders bei den Betroffenen.

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen leistungsgerechte Arbeitszeit-, Fortbildungs-, Aus- und Umstiegsmodelle für ältere Arbeitnehmer entwickeln und anbieten.

Bildung, Arbeit und Ruhestand dürfen nicht länger als starre Lebensphasen angesehen werden, sondern müssen sinnvolle Übergänge ermöglichen.

Solidarische Gesellschaft

Die existentiellen Lebensrisiken und das Alter generell müssen auch in Zukunft im Kern solidarisch abgesichert sein. Menschen für Menschen, Generationen für Generationen, - das ist das grundlegende Prinzip unserer Konzeption vom Sozialstaat.

Dauerhafte Arbeitslosigkeit, Krankheit und Pflegebedürftigkeit müssen wie der Ruhestand in einer vernünftigen Mischung von Solidarversicherung, Steuerfinanzierung und eigenverantwortlichem Engagement finanziell abgesichert werden.

Wir arbeiten am Ziel einer solidarischen Bürgerversicherung.

Mobilität und Kommunikation

Die Fähigkeit, Menschen und Güter und Informationen sicher und schnell und preiswert zu transportieren, über große Strecken und unter den Bedingungen von Ballungsräumen, ist eine der Voraus-

setzungen für Wohlstandsmehrung bei uns und weltweit. Die weltweite Vernetzung schafft auch für uns Chancen. Wir wollen nicht nur die besten Autos und die leistungsfähigsten Schienenfahrzeuge produzieren, sondern die effizienteste und umweltfreundlichste Mobilität haben für Deutschland und für den Export.

Ostdeutschland

Wir wollen der zweiten Phase des Aufbaus Ost neue Impulse geben. Dazu wird die Bundesregierung gemeinsam mit den neuen Ländern eine „Partnerschaft für Innovation und Wachstum“ entwickeln.

Alle Anstrengungen müssen primär gebündelt und auf die Zentren und Branchen konzentriert werden, die erfolgreich den Weg zu Wirtschafts- und Innovationskernen gehen können. Diese Stärkung der Wachstumszentren hilft auch den strukturschwachen Regionen in ihren mittel- und langfristigen Perspektiven. Die Länder sind gefordert, landespolitische Schwerpunkte zu identifizieren, regionale Besonderheiten zu berücksichtigen und landestypische Stärken zu entwickeln.

Neue Technologien, neue Industrien, neue Jobs.

Wir müssen technologisch wieder aufholen: Spätestens ab 2010 müssen in Deutschland jährlich 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Investitionen in Forschung und Entwicklung zur Verfügung stehen, finanziert von Wirtschaft und Staat. Das erfordert neue Prioritätensetzungen.

Made in Germany, das bewährte Qualitätssiegel, muss in Zukunft auch ganz neue Produkte und Dienstleistungen auszeichnen. Produkte, die aus der Spitzenforschung in Deutschland entwickelt und hergestellt werden. Unser Wissen muss zu Produkten und Dienstleistungen werden, in Deutschland und weltweit.

Unser Land ist in vielen Bereichen führend - Automobile und Werkzeugmaschinen gehören dazu. Aber wir dürfen uns nicht darauf ausruhen. Bei der umweltfreundlichen Energienutzung, bei Medizintechnik und Arzneimittel und bei der Ressourceneffizienz können unsere Unternehmen wichtige Beiträge zur Zukunft leisten und neue Arbeit für unser Land schaffen.

Deutschland 2010: friedlich, wirtschaftlich stark und sozial gerecht

Wir sind sicher und entschlossen: Unser Land kann die Herausforderungen meistern. Wir haben Vertrauen in unser Land. Wir haben Vertrauen in seine Stärken und die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Menschen.

Die Voraussetzungen sind gegeben, um die Erfolgsgeschichte des demokratischen Deutschland weiterzuschreiben.

Wir stehen vor wichtigen Weichenstellungen. Es wird uns gemeinsam gelingen, die guten und starken Traditionen des Landes – die Fähigkeit zur Erneuerung, den Zusammenhalt, die wirtschaftliche Kraft und die Bereitschaft zur Solidarität – zum Nutzen dieser und der kommenden Generationen einzusetzen.

Wir wollen als Deutschland – mitten in Europa – mit soviel Sicherheit wie möglich diese Phase des Wandels und mit soviel Veränderung wie nötig die Gegenwart und die Zukunft gestalten. Fortschritt ist möglich.

(Angenommen)

Antrag 2

Partei vorstand

Rolle und Aufgaben der SPD 2004/2005

Wie unser Land ist auch die SPD in einer Phase tiefgreifender Veränderungen.

Wir nehmen diese Herausforderung an. Wir führen die Debatte - in der Partei und öffentlich – ehrlich und offen und treffen die nötigen Entscheidungen.

Die sozialdemokratische Idee, die unveräußerlich auf den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität aufbaut, wird für eine menschenfreundliche Lösung der Zukunftsaufgaben dringend benötigt.

Die Sozialdemokratie kann besser als jede andere Partei für die Gegenwart und die Zukunft eine Politik machen, die gut ist für unser Land. Die SPD wird gebraucht.

Die SPD will regieren. Im Bund, in den Ländern, in den Kommunen; wir wollen mit unseren Schwesterparteien die Politik in Europa bestimmen. Wer die Zukunft gestalten will, muß Deutschland regieren wollen und können. Wer die Regierungsfähigkeit riskiert, riskiert falsche politische Weichenstellungen in Deutschland. Eigenverantwortung und Gemeinwohl, Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und Arbeitnehmerinteressen, Rechte und Pflichten in Europa und der internationalen Völkergemeinschaft, - sind keine Gegensätze, sondern eine Aufgabe für eine Politik, die verantwortungsvoll damit umgeht und die Balance sucht. Das können wir besser als andere Parteien.

Die SPD ist derzeit die einzige Volkspartei, die die zentralen gesellschaftlichen Debatten offen und strittig führt. Das ist anstrengend, aber auch nötig. Das macht uns Sorgen, aber darauf sind wir auch

stolz. Wir wollen eine diskussionsfreudige Partei sein. Und wir wollen nach getroffenen Entscheidungen die Ergebnisse gemeinsam vertreten. Einigkeit macht stark, - das bleibt richtig.

CDU/CSU und FDP versagen.

Diese Parteien tragen für die verschleppten Reformen in den 80er- und 90er Jahren maßgeblich Verantwortung. Sie sind aber nicht bereit, sich den notwendigen Debatten zu stellen und flüchten sich in Populismus und Destruktion.

Ihr Vorgehen im Prozess der Kandidatensuche für das Amt des Bundespräsidenten, ihre entsolidarisierende Steuerpolitik und ihr Versuch der Demontage von Arbeitnehmerrechten sind aktuelle Beispiele für ein Gesellschaftskonzept und ein politisches Verhalten, das wir ablehnen.

Leitbild Aktive Mitgliederpartei

Wir haben leider viele Mitglieder verloren und hoffen, dass viele von ihnen den Weg zurück zur SPD finden. Wir haben aber auch über 10.000 neue hinzugewonnen, dabei viele junge. Sich über Politik informieren zu können, über politische Ziele und Maßnahmen zu streiten, Politik mitgestalten können, bleibt attraktiv.

Wir bleiben aktive Mitgliederpartei. Wir sind die organisationsstärkste Partei in Deutschland. Aber die Bedingungen für die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Funktionäre unserer Partei sind in den letzten Jahren schwerer geworden.

Nach dem Bochumer Parteitag ist eine Projektgruppe eingesetzt worden, die Vorschläge zur Weiterentwicklung der Mitgliederpartei machen wird.

Vor allem die inhaltlichen Herausforderungen dieser Zeit machen uns Sorgen, aber wahr bleibt auch: Organisation ist Politik.

Gute Parteiarbeit ist unverzichtbar, wenn die Sozialdemokratie Erfolg haben soll.

Das Willy-Brandt-Haus wird Schritt für Schritt dafür sorgen, dass klar formulierte, aktuelle und ansprechende Informationsmaterialien für die Partei zur Verfügung stehen. Dazu gehört auch eine intensivere Nutzung der elektronischen Kommunikationswege innerhalb der Partei.

Wir laden alle Menschen im Lande ein, sich an unserer Zukunftsdebatte zu beteiligen und bei ihrer Umsetzung in Politik mitzumachen.

Arbeiterbewegung heute

Ohne Frage: Der Ton zwischen den Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaften und uns ist in den letzten Monaten rau gewesen und bisher nicht freundlicher geworden. Das ist in der Geschichte der Arbeiterbewegung nicht das erste Mal so. Immer wenn die SPD in der Rolle der Regierungspartei konkret handeln musste, kam es zu intensiven Diskussionen zwischen Partei und Gewerkschaften, manchmal auch zum Streit.

Wir sind keine Gewerkschaftspartei und die deutschen Gewerkschaften sind keine Parteiengewerkschaften. Wir brauchen gleichwohl den Schulterschluss, des Landes und der Ideen wegen.

Wir werden ihn erreichen, wenn wir uns guten Willens miteinander der Diskussion auf allen Ebenen stellen. Dass es Differenzen gibt zwischen der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen heute und den Erfordernissen des Regierungshandelns für heute und für die Zukunft des ganzen Landes, muss nicht verwundern. Ein verantwortbarer Ausgleich lässt sich finden.

Wir werden den Dialog fortsetzen und verstärken:

- Wo unterscheidet sich die Analyse der ökonomischen Rahmenbedingungen?

- Gibt es grundsätzliche Differenzen im gesellschaftspolitischen Konzept?
- Zu welchen Projekten gibt es Übereinstimmung, zu welchen erhebliche Meinungsverschiedenheiten?
- Wie können die Interessen der Arbeitnehmer im größer werdenden Europa gebündelt werden?
- Was bedeutet moderne Industriepolitik heute?
- Welche Innovationsfelder – gesellschaftliche und technologische – müssen in Deutschland ausgebaut werden?
- Wieviel vom Erwirtschafteten muss investiert werden in die mittel- und langfristigen Zukunftsaufgaben des Landes?

Unsere Projekte 2004/2005

Neben anderen haben wir auf der Tagesordnung:

- *Europawahl, Landtagswahlen, Kommunalwahlen 2004/2005*

Wir bündeln unsere Kräfte. Die Europa-Kampa läuft auf Hochtouren. Im Willy-Brandt-Haus wird ein Arbeitsstab „Wahlkämpfe“ gebildet. Dieser wird sofort die Arbeit aufnehmen und gemeinsam mit den Landesverbänden das Gesamtprojekt der angesprochenen Wahlkämpfe angehen. Wir brauchen eine gemeinsame große Kraftanstrengung der gesamten Partei auf allen Ebenen. Erstes Gebot: Wer gewinnen will, muss gewinnen wollen.

- *Grundsatzprogramm*

In den vergangenen Monaten gab es intensive Vorbereitungen auf ein neues Grundsatzprogramm der SPD. Hierbei ist der Prozess der innerparteilichen Meinungsbildung und der

Debatte mit der Gesellschaft so wichtig wie das Programm selbst. Es sollen bald Thesen und Leitideen zur Diskussion für die gesamte Partei vorliegen. Nach Debatten soll es zum Ende dieses Jahres einen Textvorschlag für ein neues Programm geben. Ein Parteitag zur Debatte darüber und zur Beschlussfassung wird für 2005 geplant.

- *Projekt Bürgerversicherung*

Mit dem Bochumer Parteitag haben wir in wichtigen Politikfeldern im Grundsatz entschieden. Dazu gehört das wichtige Projekt der Bürgerversicherung. Bei der Idee der Bürgerversicherung handelt es sich im Kern um den Versuch, die sozialdemokratische Idee der Teilhabe, der gerechten Lastenverteilung auf die heutigen Verhältnisse zu übertragen. Wir halten die Bürgerversicherung für gerechter und handhabbarer als die Kopfpauschale.

Der Parteivorstand hat eine Projektgruppe eingesetzt. Diese Projektgruppe wird die komplexen Fragestellungen in diesem Jahr intern aufarbeiten und in der zweiten Jahreshälfte einen ersten Zwischenbericht vorlegen. Auf dem ordentlichen Bundesparteitag 2005 soll dann ein präzises Konzept vorgelegt und verabschiedet werden.

- *Innovationen*

Die SPD wird als Gesamtpartei die gesellschaftlichen und die technologischen Innovationen gründlich diskutieren und die Wege zur gemeinsamen Umsetzung präzisieren.

Profilierung der SPD und Glaubwürdigkeit unserer Politik setzen voraus, dass wir auf allen politischen Ebenen – Europa, Bund, Länder, Kommunen – gemeinsam agieren und unsere sozialdemokratischen Vorstellungen zusammen mit der Gesellschaft umsetzen.

- Die Bundeswehr steht entsprechend ihren neuen Aufgaben vor der Frage, ob die bisherige Wehrstruktur und –verfassung den heutigen Aufgaben entspricht. Daher wird die in Bochum beschlossene Fachkonferenz „Zukunft der Wehrverfassung“, auf der auch die Wehrpflicht und deren Bezug zum Zivildienst Gegenstand der Beratungen sein werden, sich mit diesen Fragen befassen. Der ordentliche Bundesparteitag 2005 wird über diese Fragen entscheiden.

Demokratie braucht Engagement

Wir haben als SPD eine lange und stolze Tradition. Diese Erfahrungen stärken uns, da wir wissen: Der Fortschritt ist eine anstrengende, aber lohnende Aufgabe. Die Demokratie in Deutschland braucht das Engagement der Bürgerinnen und Bürger und braucht auch das Engagement der Parteien.

Das Land muss wieder erfahren: Es gibt nur eine SPD. Mitglieder und Funktionäre, Hauptamtliche und Ehrenamtliche, auf allen politischen Ebenen, treten gemeinsam an. Wir wollen als Wertepartei, als Mitgliederpartei, als Volkspartei überzeugen und neues Vertrauen gewinnen, bei unseren Mitgliedern und bei den Wählerinnen und Wählern.

In dieser schwierigen Situation, in der über Regierungsfähigkeit oder Abstieg entschieden wird, müssen wir zeigen, wer wir sind und beweisen, dass wir es können.

(Angenommen)

Antrag 3

Parteivorstand

Änderung § 13 Wahlordnung

§ 13 Abs. 1 a der Wahlordnung wird wie folgt neu gefasst:

„a) ein Nichtmitglied gewählt worden ist – satzungsmäßige Ausnahmen bei Kommunal- und Landtagswahlen bleiben unberührt -,“

(Angenommen)

Antrag 4

Initiativantrag

Gleiche Tarife für Frauen und Männer (Unisex-Tarife) bei der Riester-Rente

Der außerordentliche Bundesparteitag der SPD bekräftigt die Forderung des Bundesparteitages der SPD vom 17. bis 19. November 2003 in Bochum aus dem Beschluss A 1: Unser Weg in die Zukunft, „Zur Stärkung der Geschlechtergerechtigkeit in der privaten Vorsorge werden wir Unisex-Tarife im Rahmen der Riester-Förderung besonders berücksichtigen.“

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, im Rahmen des laufenden Gesetzgebungsverfahrens zur Vereinfachung der Riester-Rente („Alterseinkünftegesetz“) Unisex-Tarife als Voraussetzung für die Riester-Förderung im Gesetz zu verankern. Ein entsprechender Änderungsantrag ist umgehend in das laufende Gesetzgebungsverfahren über das Alterseinkünftegesetz einzubringen, da die 2. und 3. Lesung des Alterseinkünftegesetzes im Deutschen Bundestag Anfang April 2004 stattfinden wird.

Unterstützung für dieses Anliegen gibt es auch von Seiten des Bundesrates, der am 13. Februar 2004 in seiner Stellungnahme zum Alterseinkünftegesetz die Forderung nach Änderung des Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz (Alt-ZertG) beschlossen hat, dass bei Verträgen der sog. Riester-Rente gleiche Beiträge für Männer und Frauen unabhängig vom Geschlecht zu berechnen sind. Der Bundesrat begründet dies damit, dass gemäß Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz niemand aufgrund des Geschlechts benachteiligt werden dürfe. Daher ist auch nach Auffassung des Bundesrates sicherzustellen, dass nur solche Verträge staatlich gefördert werden, die den Gleichbe-

handlungsgrundsatz wahren und gewährleisten, dass Männer und Frauen für ihre Altersvorsorgebeiträge bei gleicher Beitragshöhe in der Auszahlungsphase die gleiche Leistung erhalten.

Dies ist umso wichtiger, als in Zukunft die Riester-Rente einen Teil der heutigen gesetzlichen Rente ersetzen soll.

(Angenommen)

Impressum

Herausgeber: Vorstand der SPD, Referat Parteiorganisation,
Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin
Internet: <http://www.spd.de>, E-Mail: partei Vorstand@spd.de
Bestell-Nr.: 380 07 05